

Jetzt handeln!



Demokratie stärken – Menschenfeindlichkeit bekämpfen!

Der DGB und seine Gewerkschaften in Sachsen haben in den letzten Jahren wiederholt Forderungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, zur Stärkung der Handlungsfähigkeit des Staates und zur Integration von Geflüchteten an die Landesregierung gerichtet. Leider sind diese häufig unberücksichtigt geblieben oder lediglich mit Lippenbekenntnissen erwidert worden.

Der Worte sind aus Sicht des DGB Bezirk Sachsen genug gesagt. Die Landesregierung muss jetzt handeln!

Handlungsfähigen Staat gewährleisten!

Menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen muss klar und deutlich entgegengetreten werden. Rechtsextreme, menschenverachtende Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie Helferinnen und Helfer müssen rigoros unterbunden und strafrechtlich konsequent verfolgt werden. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat mit starken Menschen- und Bürgerrechten!

Dafür ist jetzt notwendig:

- Erhöhung des Personals bei Polizei, Justiz und Verwaltung.
- Die Zahl der Polizeibeschäftigten muss schnellstmöglich auf mindestens 16.000 erhöht werden, statt eine gering qualifizierte Wachpolizei auszubauen.
- Der Einstellungskorridor bei Lehrerinnen und Lehrern muss auf mindestens 1.500 pro Jahr erhöht werden.

Rechtsextremismus durch politische Bildung und Demokratievermittlung bekämpfen!

Rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen sind in Sachsen bereits seit vielen Jahren ein Problem. Diese reichen bis in die Mitte der sächsischen Gesellschaft und treten in den letzten Monaten immer stärker zu Tage. Die Stimmung ist vergiftet, demokratiefeindliche Einstellungen werden offen geäußert und bleiben allzu häufig unwidersprochen.

Die Defizite der letzten Jahre in der politischen Bildung und Demokratievermittlung müssen schnellstens behoben werden. Die Einhaltung der Menschenrechte, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und der Dialog über kulturelle, religiöse und soziale Vielfalt müssen im Mittelpunkt stehen.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit muss auf eine breite Basis gestellt werden. Konkret müssen zivilgesellschaftliche Initiativen zur politischen Bildung und Demokratievermittlung stärker gefördert werden.

Dafür ist jetzt notwendig:

- Aufstockung des Programms „Weltoffenes Sachsen“ (WOS) und Bildung des eigenständigen Beirates (Koalitionsvertrag)
- Einführung eines Weiterbildungsfreistellungsgesetzes
- Öffnung der Schulen und Berufsschulen für die Vermittlung von Demokratie und Toleranz
- Umsetzung des „Sachsenmonitor“, der laut Koalitionsvertrag jährlich über den „Stand der Demokratie“ berichtet

Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit stärken!

Eine solidarische und nachhaltige Integrationspolitik muss allen in Sachsen lebenden Menschen gerechte Teilhabechancen eröffnen. Den Gewerkschaften geht es um eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt und um hochwertige Beschäftigung für alle. Unsere Richtschnur ist Gleichbehandlung.

Hindernisse beim Arbeitsmarktzugang müssen abgebaut werden, ohne den Schutz vor prekärer Beschäftigung aufzuheben. Der Zugang von anerkannten Flüchtlingen, Asylsuchenden und Geduldeten zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ist zentral, um den Menschen eine gute Lebensperspektive zu geben und die gesellschaftliche Integration zu fördern.

Dafür ist jetzt notwendig:

- Flächendeckende Bereitstellung qualitätsvoller Sprachkurse für alle Flüchtlinge
- Ausbau der Wegweiserkurse
- Förderung der Beratung und Unterstützung für Flüchtlinge zur Integration in duale Ausbildung, Weiterbildung und qualifikationsadäquate sozialversicherungspflichtige Arbeit
- Erhöhung der Mittel für Integrationsprojekte im Rahmen der Förderrichtlinien des SMGI
- Förderung von Sozialpartnerprojekten zur betrieblichen Integration von Flüchtlingen in duale Ausbildung und Arbeit

Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat

Wir brauchen eine Allianz unterschiedlicher Gruppen in Sachsen, die sich aktiv für die Stärkung der Demokratie und die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Der DGB Bezirk Sachsen fordert den Sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich auf, zivilgesellschaftliche Gruppen, Vereine und Verbände einzuladen, um konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie abzustimmen und umzusetzen. Die Gewerkschaften werden sich daran aktiv beteiligen wenn es nicht nur um Worte, sondern konkrete Aktivitäten und Maßnahmen geht. **Jetzt handeln!**